



## Grundzüge des Vorschlags

- 1. Positiv-rechtliche, politische Entscheidung des Gesetzgebers zum Flächenbedarf für die Windenergie (durchschnittlich 2 % der Landes- und Gemeindeflächen)
- 2. Einheitliche Regeln, mit denen für jede Kommune ein Flächenanteil errechnet wird: der Windenergie-Beitragswert in km²
- 3. <u>Keine Pflicht</u>, Konzentrationszonen für die Windenergie zu planen und auszuweisen, keine Übertragung von Aufgaben durch den Bund auf die Gemeinden
- 4. Allerdings: Ausschlusswirkung für Windenergieanlagen im übrigen Außenbereich nur für Konzentrationszonen, die mindestens dem Windenergie-Beitragswert entsprechen
- 5. Mehrere Gemeinden können Windenergie-Beitragswerte gemeinschaftlich erbringen
- 6. Regionale Planungsträger und Länder können anstelle der Gemeinden Flächen mit Konzentrationswirkung ausweisen, wenn Summe der Windenergie-Beitragswerte erreicht wird
- 7. Einfaches und schnelles Prüfverfahren, ob die Größe der ausgewiesenen Konzentrationszonen (in km²) dem Windenergie-Beitragswert mindestens entspricht, Bestätigungen werden zeitlich befristet

## Kriterien für rechnerische Ausschlussflächen

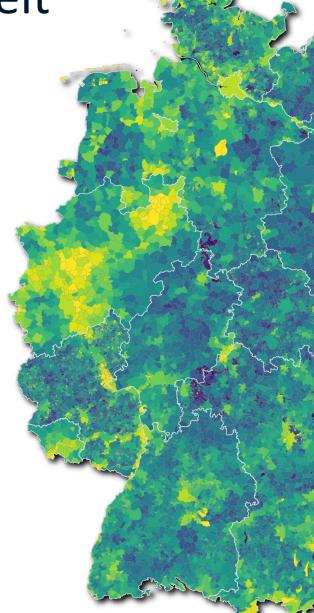


- Siedlungsflächen mit Wohnnutzung (400 m Abstand);
- 2. Flächen für Sport, Freizeit und Erholung, Kleingärten und Friedhöfe;
- Flughäfen, Landeplätze, Segelflugplätze;
- Bundesfernstraßen, Bundesstraßen sowie Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen (50 m Abstand);
- Eisenbahnstrecken (50 m Abstand);
- Bundeswasserstraßen (50 m Abstand);
- Hochspannungsfreileitungen (100 m Abstand);
- Militärische Sperrgebiete und Liegenschaften;

- 10. Weltkulturerbe (Kernzone);
- 11. Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete (Zone 1 (50 m um Fassungsbereich);
- 12. Fließgewässer erster Ordnung und stehende Gewässer (ab 1 ha, § 61 BNatSchG, 100 m Abstand);
- Zivile Flugsicherungseinrichtungen (600 m Abstand); 13. Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG und Flutungspolder;
  - 14. Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG);
  - 15. Nationalparke (§ 24 BNatSchG) und nationale Naturmonumente (§ 23 BNatSchG);
  - 16. Biosphärenreservate (Kern- und Pflegezone);

Flächenverfügbarkeit

in Deutschland



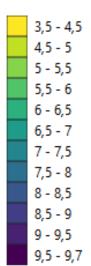


95 - 100

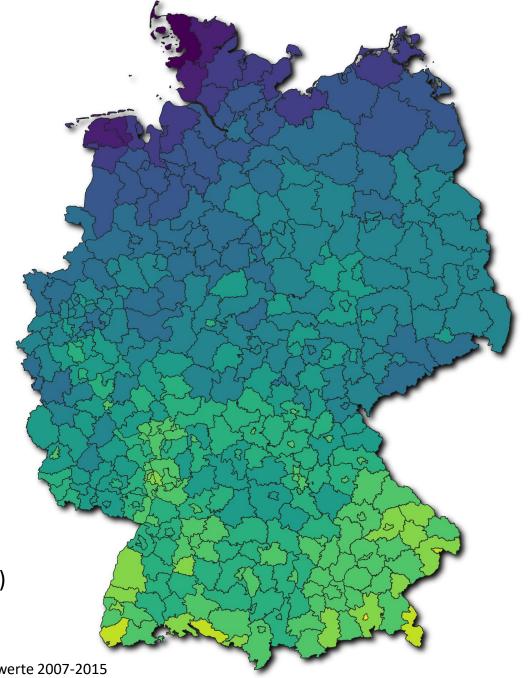
Anteil Restfläche (%)

## Windhöffigkeit in Deutschland





Windgeschwindigkeit in 150 m über Grund (m/s)







Bundesland	Fläche gesamt (km²)	Ausschlussfläche (km²)	Restfläche (km²)	Summe der kommunalen Windenergie- Beitragswerte (km²)	Summe der kommunalen Windenergie- Beitragswerte in % der Landesfläche
Schleswig-Holstein	15.813	10.296	5.517	385	≥ 2,4%
Freie und Hansestadt Hamburg	752	669	83	4	≥ 0,6 %
Niedersachsen	47.707	28.469	19.238	966	≥ 2,0 %
Freie Hansestadt Bremen	420	349	71	4	≥ 0,9 %
Nordrhein-Westfalen	34.095	25.825	8.270	377	≥ 1,1 %
Hessen	21.099	10.560	10.539	456	≥ 2,2 %
Rheinland-Pfalz	19.847	11.020	8.828	382	≥ 1,9 %
Baden-Württemberg	35.723	19.681	16.042	671	≥ 1,9 %
Freistaat Bayern	70.553	41.686	28.867	1.208	≥ 1,7 %
Saarland	2.570	1.874	696	30	≥ 1,2 %
Berlin	893	771	122	6	≥ 0,6 %
Brandenburg	29.698	13.716	15.982	728	≥ 2,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	23.308	11.160	12.148	678	≥ 2,9 %
Freistaat Sachsen	18.477	10.858	7.620	347	≥ 1,9 %
Sachsen-Anhalt	20.554	9.560	10.994	501	≥ 2,4%
Freistaat Thüringen	16.197	7.380	8.817	402	≥ 2,5 %
Deutschland	357.706	203.873	153.834	7.145	≥ 2,0 %

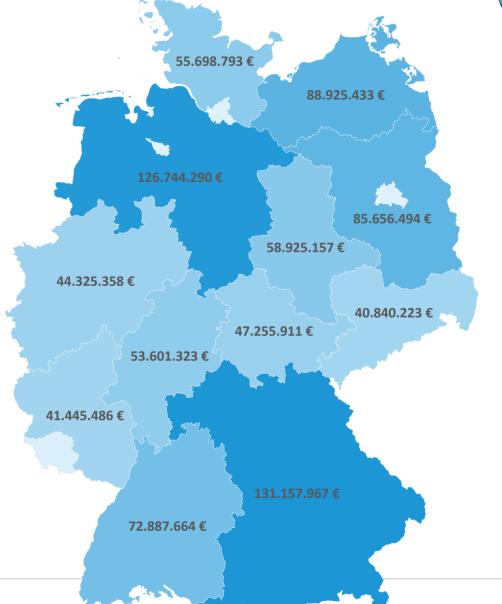


## Vorzüge des Vorschlags

- 1. Weg über Änderung des BauGB mit Abstand schnellste Option. Gesetzgeber gewährt den Beteiligten eine Übergangsfrist von z.B. zwei Jahren, um ausreichend dimensionierte Konzentrationszonen planen zu können.
- 2. Länder haben kein Abweichungsrecht, mit dem die Erreichung des Ziels, der Windenergie 2 % der Bundesfläche zur Verfügung zu stellen, gefährdet werden könnte.
- 3. <u>Keine Pflicht</u>, Konzentrationszonen für die Windenergie zu planen und auszuweisen, also keine Übertragung neuer oder zusätzlicher Aufgaben durch den Bund auf die Gemeinden positiver Anreiz zu planen: Konzentrationszonen nur noch wenn ausreichend Flächen für Windenergie. Verhinderungsplanungen wird es nicht mehr geben.
- 4. Bestimmung des Windenergie-Beitragswertes für jede Gemeinde durch den Gesetzgeber: Anfechtung der Regelung nicht vor Verwaltungsgerichten, nur vor Bundesverfassungsgericht möglich. Scheitern nur bei Willkür des Gesetzgebers nicht wenn Gesetzgeber sorgfältig arbeitet.

Mögliche Zahlungen an Kommunalhaushalte für Windenergieprojekte kumuliert von 2023 - 2030



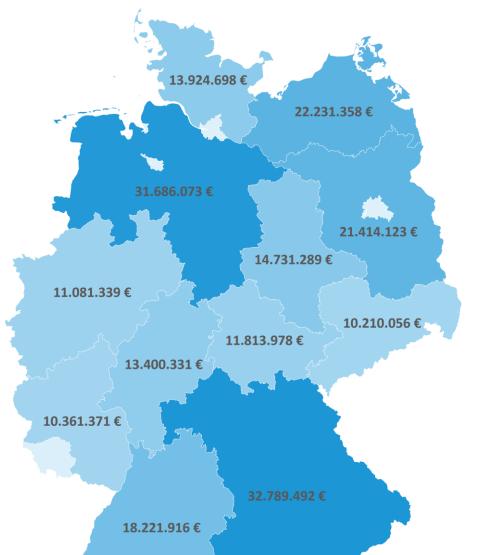


© GeoNames

Mögliche Zahlungen an Kommunalhaushalte für

Windenergieprojekte

im Jahr 2030









www.stiftung-klima.de | info@stiftung-klima.de